

Absender:

**Gruppe BIBS / DIE LINKE. im
Stadtbezirksrat 211**

25-25921
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Frühzeitige Information des Stadtbezirksrates über geplante
Baumfällungen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.05.2025

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Braunschweig-Süd (Entscheidung) 05.06.2025

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtbezirksrat Braunschweig - Süd zukünftig mindestens vier Monate vor geplanter Durchführung etwaiger Baumfällungen eine entsprechende Liste vorzulegen.
2. Die Baumfällliste soll Informationen über den Standort, die Art, das Alter des Baumes sowie den Zeitpunkt und den Grund der geplanten Fällung enthalten.
3. Bei Gefahr im Verzug (z.B. akute Verkehrssicherungspflicht) ist eine nachträgliche Information mit Begründung zeitnah nachzureichen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtbezirksrat in regelmäßigen Abständen den Umsetzungsstand von Ersatzpflanzungen zu berichten.

Sachverhalt:

Laut Baumfällliste der Verwaltung für das Jahr 2024 mussten im Stadtbezirk Braunschweig – Süd in diesem Zeitraum 59 Bäume gefällt werden. Hinzu kamen in der Vergangenheit auch Baumfällungen aufgrund von Baumaßnahmen. Bisher erhielt der Stadtbezirksrat Informationen über Fällungen oftmals nur kurzfristig vor oder nach deren Durchführung. Diese Praxis entspricht nicht dem Grundsatz einer frühzeitigen Beteiligung der Bezirksorgane an Entscheidungen, die das Bezirksgebiet betreffen.

Bäume sind wesentliche Bestandteile des Stadtbildes und erfüllen wichtige ökologische Funktionen wie Luftreinigung, Kühlung und CO₂-Speicherung. Sie prägen maßgeblich die Lebensqualität im Stadtbezirk. Jede Fällung stellt einen erheblichen Eingriff in das Ökosystem und das Erscheinungsbild des Quartiers dar.

Eine frühzeitige Information ermöglicht es dem Stadtbezirksrat bei Bedarf fachliche Stellungnahmen einzuholen, alternative Lösungen zu prüfen und die Akzeptanz notwendiger Fällungen zu erhöhen. Die vorgeschlagene Frist von vier Monaten gibt ausreichend Zeit für eine sachgerechte Beratung und gegebenenfalls die Entwicklung von Alternativen.

gez. Helmut Rösner (BIBS)

gez. Rainer Nagel (Die Linke)

Anlage/n:

keine